



Dieser Artikel wurde ausgedruckt unter der Adresse:

<http://www.tagesschau.de/inland/friedrich-armutsfluechtline100.html>



Treffen der EU-Innenminister

Rausschmiss ohne Federlesen

Menschen, die aus EU-Ländern nach Deutschland einreisen und missbräuchlich Sozialleistungen beantragen, sollen künftig leichter ausgewiesen werden können. Die Bundesregierung wolle künftig mit Ausweisung und Einreiseverboten reagieren, sagte Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) in Luxemburg vor einem Treffen der EU-Innenminister. Deutschland werde "jetzt auch unsere nationalen Gesetzgebungsinitiativen in dieser Frage so ausrichten".

Zunächst wolle er zum Mittel der Ausweisung greifen, sagte Friedrich. "Dass man sagt, also wenn ihr hier illegal tätig seid, egal wie, dann geht ihr bitte dahin wieder zurück, wo ihr herkommt", führte er aus. Zudem wolle er den Ausgewiesenen "eine Einreisesperre für eine bestimmte Zeit auferlegen, damit sie am nächsten Tag nicht wiederkommen können". "Wenn die dann irgendwo aufgegriffen werden, dann kann man ohne großes Federlesen sie wieder rausschmeißen, und das ist das Entscheidende", sagte Friedrich.

Grünes Licht von EU-Kommission



"Dann geht ihr bitte dahin wieder zurück, wo ihr herkommt": Bundesinnenminister Friedrich will leichter ausweisen können.

Auslöser sind Klagen deutscher Gemeinden über zunehmende Fälle von Menschen, die in Deutschland Sozialleistungen beantragen. EU-Diplomaten zufolge kommen vermehrt Bulgaren und Rumänen oft mit Hilfe von organisierten Banden nach Deutschland und besorgen sich als Selbstständige einen Gewerbeschein. Nach einigen Monaten beantragen sie demnach dann Sozialleistungen mit dem Argument, das Geschäft laufe nicht.

Friedrich hatte sich mit seinen Kollegen aus Österreich, den Niederlanden und Großbritannien die härtere Gangart gegen diese betrügerische Praxis zuvor von der EU-Kommission schriftlich billigen lassen. Demnach lasse das EU-Recht sehr wohl auch die Möglichkeit zu, Betrüger gänzlich aus einem EU-Land "auszuschließen". Nur müsse dies aufgrund individueller Entscheidungen geschehen und dürfe nicht pauschal ganze Personengruppen treffen. Friedrich: "Die Kommission hat uns klar gesagt, selbstverständlich könnt ihr diejenigen sanktionieren, die in betrügerischer Absicht einreisen."

Schengen-Reform, Asylpolitik, Syrien-Flüchtlinge

Beim Treffen der EU-Innenminister in Brüssel geht es auch um die Schengen-Reform, die den Ländern in Ausnahmefällen Grenzkontrollen wieder ermöglicht. Die Zustimmung gilt als sicher. Außerdem soll eine gemeinsame europäische Asylpolitik verankert werden. Nach jahrelangen Verhandlungen steht die EU vor der Fertigstellung ihres gemeinsamen Asylsystems, das Mindeststandards für Asylbewerber in allen 27 EU-Ländern festlegt.

Weiteres Thema: Die Lage von Flüchtlingen aus Syrien. Dabei geht es auch um die Frage, wie die EU mit Extremisten aus Europa umgehen soll, die in Syrien kämpfen und dann zurückkehren.

Stand: 07.06.2013 11:55 Uhr

[EU einigt sich auf Schengen-Reform, 30.05.2013](#)

[Friedrich gegen Schengen-Beitritt Rumäniens und Bulgariens, 07.03.2013](#)

[Weltatlas | Luxemburg](#)